

07.01.2025

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.7)

Frau Senatorin Gallina trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2025/11, betreffend

Haushaltsplan 2025/2026 Nachbewilligung gemäß § 35

Landeshaushaltsordnung

Einzelplan 2 Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, Einzelplan 9.2

Allgemeine Finanzwirtschaft

Schaffung einer psychiatrischen Kurzzeitstation im Justizvollzug,

vor und gibt eine Änderung der Anlage zur Mitteilung an die Bürgerschaft zur Niederschrift.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss

1. Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz und die Sozialbehörde werden beauftragt, der Finanzbehörde und der Senatskanzlei, erstmals zum 1. September 2025 und nachfolgend in sechsmonatigen Abständen, unter Berücksichtigung ihrer beiderseitigen Bedarfe sowie einer wirtschaftlichen und sparsamen Vorgehensweise über die Umsetzung und ggfs. die Fortschreibung der zwischen ihnen abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung Bericht zu erstatten.
2. Die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird mit der zur Niederschrift gegebenen Änderung der Anlage beschlossen.

07.01.2025

Seite 2 (I.7)

3. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

A. Stöckmann
Andrea Stöckmann

TOP I
Planung

Berichterstattung:
Senatorin Gallina
Staatsrat Dr. Schatz

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2025/00011
vom: 20.12.2025

Haushaltsplan 2025/2026
Nachbewilligung gemäß § 35 Landeshaushaltsordnung
Einzelplan 2 - Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
Einzelplan 9.2 - Allgemeine Finanzwirtschaft
Schaffung einer psychiatrischen Kurzzeitstation im Justizvollzug

A. Zielsetzung

Erfüllung des vollzugsgesetzlichen Auftrags durch Verbesserung der psychiatrischen Versorgung psychisch kranker, behandlungsbedürftiger Gefangener im Hamburger Justizvollzug. Hierdurch Vermeidung einer Forensifizierung und Erhöhung ihrer Re-sozialisierungs- beziehungsweise Wiedereingliederungschancen und spiegelbildlich dazu verbesserter Opferschutz.

B. Lösung

Schaffung und Betrieb einer psychiatrischen Kurzzeitstation im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch die Schaffung einer psychiatrischen Kurzzeitstation wird in der Produktgruppe 236.01 „Justizvollzug“ im Haushaltsjahr 2025 eine Verpflichtungsermächtigung für Vertragsabschlüsse in Höhe von 7.038 Tsd. Euro bei den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit benötigt. Im Haushaltsjahr 2026 werden zusätzliche Ermächtigungen bei den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit in Gesamthöhe von 2.022 Tsd. Euro benötigt, davon 480 Tsd. Euro einmalig für den Umbau und 1.542 Tsd. Euro für die jahresanteilige psychiatrische Leistung. Im Haushaltsjahr 2027 werden zusätzliche Ermächtigungen für Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2.733 Tsd. Euro und in 2028 in Höhe von 2.763 Tsd. Euro erforderlich.

Zur Deckung des Mehrbedarfs werden die Ansätze in der Produktgruppe 283.01 des Einzelplans 9.2 entsprechend abgesenkt.

Der Leistungszweck der Produktgruppe 236.01 „Justizvollzug“ bleibt unverändert.

Die BJV übernimmt von der SB die Anlage aus den für die Unterbringung nach § 126a StPO investierten Mitteln im Zuge der Übergabe der Station in ihre Anlagenbuchhaltung.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die beabsichtigte Maßnahme führt zu Aufwand und mindert über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der Freien und Hansestadt Hamburg.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Entfällt.

G. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung
- ☐ Wohnungsbauziele

H. Notifizierung nach EU-Recht

Entfällt.

I. Vorwegüberweisung

Die Vorwegüberweisung dieser Drucksache an den zuständigen Ausschuss ist erforderlich, damit eine Beschlussfassung im Plenum noch in der aktuellen Legislaturperiode sichergestellt und in der Folge der Zeitplan für die die Umsetzung der Maßnahme eingehalten werden kann.

J. Alternativen

Verzicht auf die Schaffung einer psychiatrischen Kurzzeitstation im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg unter Inkaufnahme einer gemessen am

vollzugsgesetzlichen Auftrag bislang nicht ausreichenden Versorgung psychisch kranker, behandlungsbedürftiger Gefangener.

K. Anlagen

Mitteilung an die Bürgerschaft.